

Dresdner Volkszeitung

Postfachkonto: Dresden
Koblen & Comp., Nr. 1208

Organ für das werktätige Volk

Verleger: E. G. Schönlank, Dresden,
Königstr. 10, 11. Telefon 1111.
Verantwortlicher Redakteur:
E. G. Schönlank, Dresden,
Königstr. 10, 11. Telefon 1111.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bei Eintritt von Änderungen im Verlagsvertrage ist es durch oder ohne Einverständnis des Verlegers, bei der Besetzung der Redaktion keine Rücksicht auf die Besetzung des Verlagsrates oder auf die Besetzung der Redaktion zu nehmen.

Abdruck des Blattes ist ohne Erlaubnis des Verlegers untersagt. Die Verantwortlichkeit für die Richtigkeit der Angaben über den Inhalt des Blattes trägt der Abonnent. Die Redaktion ist nicht verantwortlich für die Richtigkeit der Angaben über den Inhalt des Blattes.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10, Fernsprecher Nr. 2301. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10, Fernsprecher Nr. 2301 und 2302. Geschäftszeit von 7 bis 5 Uhr nachmittags.

Anzeigenpreis: Grundpreis: die 10 mm breite Kompositionsspalte 25 Pf., die 10 mm breite Zeilenbreite 200 Pf., für auswärtige Anzeigen 40 Pf., und 25 Pf. Familienanzeigen, Stellen- und Verleihsuche 40 Pf. Abz. Abz. für Kleinanzeigen 10 Pf.

Nr. 196

Dresden, Mittwoch den 22. August 1928

39. Jahrg.

Zur Berufung des Reichstags Ein Beschluß der Berliner Funktionäre

Berlin, 21. August. (Eig. Bericht.) Die Funktionäre der Sozialdemokratischen Partei Groß-Berlins nahmen am Dienstagabend, nach einem Referat des Genossen Brand, folgende Entscheidung an:
Der Regierungsverband der SPD, Berlin, stellt fest, daß der Beschluß der Regierung, den Bau des Panzerkreuzers A zu befehlen, im Widerspruch steht zu der Haltung der Sozialdemokratie in dieser Frage und zu den Voraussetzungen, die zur Regierungsbildung führten. Die Sozialdemokratische Partei Berlins lehnt daher die Mitverantwortung für die Bewilligung der ersten Rate ab und beschließt, die sofortige Einberufung des Reichstags zu fordern, um eine Entscheidung des neu gewählten Reichstags über den Bau des Panzerkreuzers herbeizuführen.
Sobald eine Einberufung des Reichstags nicht zu erreichen ist, werden die Genossen in der Regierung aufgefordert, die Wiederaufhebung des Beschlusses vom 10. August zu verlangen und im Falle der Ablehnung der Wiederaufhebung zurückzutreten. Ferner werden die Genossen in der Reichsregierung aufgefordert, die übrigen Raten für den Panzerkreuzerbau abzulehnen.
Die Konferenz beschloß außerdem, die Forderung des Vorwurfs in einer besonderen Funktionärerversammlung zu besprechen.
Die Ortsgruppe Dresden der Sozialdemokratischen Partei nahm mit großer Mehrheit eine Entschiedenheit an, in der die Verantwortung für die Handlungen des Regierungsverbandes hinsichtlich der Panzerkreuzerfrage abgelehnt und die Einberufung eines Parteitagcs verlangt wird. In der Resolution wird außerdem die Zurückziehung der sozialdemokratischen Minister gefordert.

Der Vorläufer eines Weltparlamentes

Von Paul Löbe

In der Wandelhalle des Deutschen Reichstags wehen die Fahnen von 37 Staaten aus allen fünf Erdteilen, von Freunden und Feinden des großen Weltkrieges friedlich nebeneinander. Sie verkünden, daß am Mittwoch ein Weltparlament der Abgeordneten aus diesen 37 Staaten werden im Sitzungssaal der deutschen Abgeordneten in französischer, englischer und deutscher Sprache Beratungen abhalten; es tagt die XXV. Konferenz der Interparlamentarischen Union.
Was ist diese Interparlamentarische Union? Vielleicht läßt sich das am besten an der Hand ihrer Geschichte erzählen; denn die Union ist erst in der Zeit von fast vierzig Jahren langsam zu ihrer heutigen Größe und Bedeutung angewachsen, und sie verdankt ihre Entstehung einem Manne, der uns politisch nahestand, dem englischen Arbeiterabgeordneten William Wandale Cremer. Cremer, ein Zimmermann, der sich stets für seine Massengenossen, aber auch für die Friedensidee einsetzte, wurde Sekretär seines Gewerkschaftsvereins und trat im Alter von 57 Jahren in das englische Unterhaus ein. Seine erste Tat war, daß er den Gedanken der Schiedsverträge zwischen den Staaten zu verwirklichen suchte. Er reiste mit einer Adresse, die von 34 Abgeordneten des Unterhauses und von den Führern der Trade-Unions unterzeichnet war, im Jahre 1887 nach den Vereinigten Staaten, um sie dem Präsidenten und dem Kongress zu übergeben. Diese Adresse zielte zunächst auf einen Schiedsgerichtsvertrag zwischen den beiden Staaten englischer Rasse diesseits und jenseits des Ozeans. Als er

keinen sofortigen Erfolg sah, verband er sich mit dem französischen Abgeordneten Frédéric Passy, der auf der Tribüne der Deputiertenkammer für den Schiedsgerichtsgebäude eingetreten war. Diese beiden erreichten, daß bei der Weltausstellung in Paris im Jahre 1889 der erste interparlamentarische Kongress zusammentrat, wenn man ihn schon so bezeichnen darf. Es waren zwar 96 Abgeordnete beisammen. Aber 85 kamen allein aus England und Frankreich, 4 aus Italien und je einer aus fünf weiteren Staaten. Dem Gedanken, durch solche Konferenzen der Annäherung der Staaten zu dienen, hat Cremer bis zu seinem Lebensende mit Leidenschaft gedient und für seine Bemühungen im Jahre 1908 den Nobelpreis erhalten. Als er 1908 die Augen schloß, sagte der ungarische Graf Apponyi, der für das gleiche Ideal geworben war, in seinem Nachruf über Cremer u. a.:

„Dies bedeutet für den jeden Vermögens baren Greis den Wohlstand, fast den Reichtum, auf jeden Fall den Komfort für seine alten Tage, die rühmliche und gerechte Belohnung für ein Leben voller Entbehrungen und Arbeit. Aber Wandale Cremer dachte nicht so; er stellt den Gesamtbetrag des Vermögens, das ihm so zufließt, der großen Sache der internationalen Schiedsgerichte zur Verfügung. Von dem hohen Blüde befreit, geben zu können, behält er für sich nur seine materielle Armut und den Reichtum seines Enthusiasmus. Er stirbt, jung an Herz, im Alter von 71 Jahren.“

Das Ziel der ersten Konferenzen der Interparlamentarischen Union war eng begrenzt. Sie wollte den oben erwähnten Gedanken der Schiedsverträge an Stelle der Kriege auf möglichst viele Staaten ausdehnen und erstrebte in der zweiten Etappe einer Entwicklung die Einsetzung eines ständigen internationalen Gerichtshofes, der die eintretenden Differenzen zwischen den Staaten durch ein Kollegium hoher Rechtsgelehrter zur Entscheidung bringen sollte und dessen Urteil sich zu unterwerfen jeder souveräne Staat im voraus erklären sollte. Wir wissen, welche Widerstände der Verwirklichung dieses Gedankens in den Jahrzehnten der Arbeit der Interparlamentarischen Union entstanden und wie langsam die richtige Anschauung sich Bahn brach.

Nunmehr ist es interessant, daß der erste sogenannte Friedenskongress in Haag auf die Arbeiten dieser Konferenzen zurückzuführen ist. Zwar entsprang die Einladung zur ersten Konferenz durch den Baron von Rusland durchaus nicht den Tendenzen der Nächstenliebe oder der Völkerverständigung. Der russische Finanzminister Witte hatte dem Baron nur klargemacht, daß für eine Vermehrung und Erneuerung der russischen Artillerie augenblicklich kein Geld in den Staatskassen vorhanden war. Und um die Einführung ähnlicher Neuerungen, die in anderen Ländern bevorstanden, hinauszubalten, kam der Aufruf zur Abhaltung und zur Einführung der Schiedsgerichte bei Streitigkeiten zwischen den Völkern an so unerwarteter Stelle zum Vorschein. Aber daß man gerade auf diesen Ausweg verfiel, der nun so häufig weiter wirkte, war dem Umstand geschuldet, daß seine Grundzüge durch einen russischen Teilnehmer der Verhandlungen der Interparlamentarischen Union, den Atschab Prikorski, in die Akten des russischen auswärtigen Amtes gelangt waren und dort die unvorhergesehene Verwendung fanden.

Die Idee der Schiedsgerichtsverträge, die ja in Einzelverträgen verschiedener Staaten schon vorher vorhanden war, nun in so augenfälliger Weise in die Öffentlichkeit getragen, war nicht mehr auszurufen, und ihre weitere Propaganda sowie die Einsetzung eines ständigen Gerichtshofes war das Ziel der nächsten Konferenzen der Union.

Der Weltkrieg hat diese Bemühungen und diese Verträge für ein halbes Jahrzehnt unterbrochen. Doch bald nach seinem Abschluß trat die Union, die im Jahre 1908 schon einmal in Berlin getagt und vom Reichskanzler Fürst von Bülow begrüßt worden war, zu neuer Arbeit zusammen. Sie wurde eine Art Gegenstück zum Völkerverband, wie der Reichstag das Gegenstück der Regierung. Kommen im Völkerverband die Regierungen zu Wort durch ihre mit gebundenem Mandat instruierten Vertreter, so in der Union die Abgeordneten, die frei von solchen Bindungen sind. Hatte man sich früher auf die Schiedsgerichtsfrage beschränkt und aktuelle politische Themen vermieden, damit die nationalen Gegensätze nicht aufeinanderplagten, so wagt man sich jetzt auch an alle politischen Tagesprobleme, an die Abrüstung, an die Reparationsfragen, an die Ein- und Auswanderung heran.

Heute sind verschiedene politische Richtungen in der Interparlamentarischen Union vereint unter Anführung der extremen Nationalisten und der Kommunisten, von denen nur der britisch-indische Abgeordnete Saklatbala zu den Berliner Verhandlungen erscheint. Die Sozialdemokraten der meisten Länder sind an den Verhandlungen beteiligt, und wir werden darum unsern alten belgischen Parteifreund La Fontaine, die dänischen Parteiführer Stauning und Vorbjerg, Engberg und Lindbaen aus Schweden, Studer aus der Schweiz, Heller aus der Tschechoslowakei, Bonfray und Wajner aus Polen,

Der Diktator wird — König

Aus Tirana wird gemeldet, daß die Ausrufung Ahmed Zogus zum König von Albanien beschlossene Sache ist. Das albanische Parlament wird am 25. August die Ausrufung vollziehen. Die Komädie dürfte sich so abspielen, daß ein Teil der Abgeordneten den „breitenden Wunsch der albanischen Untertanen“ auf Ausrufung eines Königs zum Ausdruck bringt und durch Affirmation dem bisherigen Präsidenten und Diktator Zogu die „königlichen Insignien“ verleiht und anhängt. Ahmed Zogu wird den Namen Sanderbeg III. annehmen.
Die Verjude des albanischen Zwergquintolini Ahmed Zogu, dem Beispiel seines römischen Meisters zu folgen und sich zum „König“ seines Landes auszurufen, sind sein zufälliges Zusammentreffen mit den letzten Ereignissen der großen Mittelmeerpolitik. Sie sind, aller äußeren Umkleidung har gesehen, ein Akt der Verzweiflung Italiens, wenigstens in den letzten Nachstellungen, die ihm Englands Gnade gelassen hat, den italienischen Einfluss so fest zu verankern, daß ein Zurück nicht mehr möglich ist. Das Spiel ist ebenso gewagt wie verzweifelt. Es ist keineswegs der Ausbruch eines starken Machtwillens, der unerschütterlich den Weg zum Ziele geht, sondern das Rückzugswort eines von stärkeren Mächten in die Enge getriebenen, der seine letzte Aussicht mit allen Mitteln zu halten sucht.
Als reales Objekt gesehen, ist das zu Königshöhren bewusste Albanien nichts weniger als eine bedeutende Angelegenheit. Es ist eines der unglücklichsten Gebilde, die von der Staatsmannschaft der europäischen Großmächte geschaffen worden sind. Es ist aus einem durch historische Entwicklung gewordenen organischen Ganzen herausgerissen worden, das seinen Bewohnern wenigstens früher die primitivsten Existenzbedingungen geboten hat, und es ist zum Spielball machtpolitischer Interessen geworden. Der einzige Erfolg der Bemühungen um das Land, um dessen Besitz gleichzeitig neben Italien noch Jugoslawien, Griechenland und auch Bulgarien sich bemühen, ist bisher die Zerrüttung seiner Wirtschaft gewesen. Heute steht das arme Land, das kaum seine kleine Bevölkerung zu ernähren vermag, unter dem Druck einer schweren ökonomischen Krise, die namentlich in den nördlichen und südlichen Teilen so stark ist, daß ausländische Hilfsaktionen die Bevölkerung nur mühsam vor dem Hungertode zu bewahren vermögen. Die Verleumdung der politischen Verhältnisse hat die einstigen wirtschaftlichen Zentren im Norden und im Süden des Landes, Skutari und Balona, völlig zugrunde gerichtet und die Vergewaltigung dieser Gebiete ihrer wichtigsten Absatzmärkte beraubt. Die letzten geringen ökonomischen Stützmittel, die sie aus den immerwährenden Kämpfen vor, während und nach dem Weltkriege noch gerettet hatte, wurden ihr genommen. Außerdem treibt Ahmed Zogu aus politischen Gründen eine Politik der Vergewaltigung der Mitte des Landes, dessen mohammedanisches Bevölkerungselement die stärkste Stütze seiner Macht ist.

Diese zerrüttete Wirtschaft hat überdies noch die Folgen einer Großmannspolitik zu tragen, die aus Albanien einen Militärstaat von entscheidendem Einfluß auf die Balkanpolitik machen will. Nach dem Beispiel der Türkei

hat Ahmed Zogu mit einer Reformpolitik begonnen, die sich auf reine Außerlichkeiten und kostspielige militärische Experimente legt. Er hat, wie der Herrscher von Angola mit dem Verbot des Fez, den Versuch zu einer Modernisierung der Verwaltung unternommen. Die Folge ist, wie in Angola, ein aufgeschwemmter Beamtenapparat, der sich aus Protektionsfindern des herrschenden Regimes zusammensetzt und trotz seiner geringen Leistungsfähigkeit die Hälfte der Staatseinnahmen verschlingt. Um der Gerechtigkeit willen muß festgestellt werden, daß auf dem Gebiete des öffentlichen Unterrichts wohl einiges erreicht worden ist. Auch die Anlage eines von Automobilen befahrenen Straßenbahnnetzes macht Fortschritte. Aber im großen und ganzen stehen die Leistungen des Apparates auch nicht annähernd im Verhältnis zu seinen Kosten, da der größte Teil der Schwerkongesse in die Taschen von Liqueuren fließt. Der Rest der über die Hälfte der Staatseinnahmen betragenden Kosten der Verwaltung wird von der Armee aufgebracht, die sich Ahmed Zogu zum Schutze seiner persönlichen Macht geschaffen hat. Es kommt hinzu, daß sich der Präsident und künftige König den Luxus einer Flottenflotte aus zwei alten deutschen Kanonenbooten und einigen bewaffneten Motorbooten leistet. Daran läßt sich erkennen, wieviel unter diesen Umständen für die Wohlfahrt des Landes noch übrig bleibt. Es scheint System in dieser Politik zu liegen, die auf alle Versuche zur Bekämpfung der im Lande wütenden Seuchen, wie Malaria, Tuberkulose und Syphilis, verzichtet, um sich der Gegenwart des gegenwärtigen Regimes auf eine gute Art zu entledigen.

Der ganze von Ahmed Zogu errichtete Bau stützt sich neben den militärischen Machtmitteln auf ein ins feinste ausgeglichenes Polizei- und Spitzelsystem, mit dessen Hilfe die Konsolidierung einer Opposition gegen den Präsidenten verhindert wird. Die aktiven demokratischen Elemente des Landes, von denen im Aufstand von Rosis der Versuch gemacht worden ist, durch eine Agrarreform und Landverteilung an die Besitzlosen und verarmten Kleinbauern einen Ausgleich der sozialen Gegensätze zu schaffen, sind des Landes vertrieben. Die Großgrundbesitzer im Verein mit dem Feudaladel betrachten Ahmed Zogu als ihren Schwächling und leisten ihm willige Gefolgschaft. Der Versuch dieses Schwächlings der Großgrundbesitzer, unter dem Namen Sanderbeg III. die Tradition der großen albanischen Herrscher fortzuführen, entspricht keineswegs dem Wünsche des albanischen Volkes nach einem König. Das Ziel des größten Teiles der Intellektuellen in der Bauernschaft ist vielmehr die soziale und demokratische Republik.

Die natürliche Konsequenz der von Mussolini offensichtlich inspirierten Staatsstreiche Ahmed Zogus werden aller Voraussicht nach neue innere Kämpfe sein, die Albanien Wirtschaftlich noch weiter ruinieren und Italien im Falle einer direkten Einmischung nur in höchst unangenehme außen- und kolonialpolitische Abenteuer führen werden.